



FREISTAAT THÜRINGEN

Ministerium für Landwirtschaft,
Naturschutz und Umwelt



Stand: April 2013

Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP 2007)

Leitfaden

zur

**Förderrichtlinie des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Natur-
schutz und Umwelt vom 28.04.2008 (ThürStAnz. Nr. 20/2008)**

inklusive

- 1. Änderung (ThürStAnz. Nr. 33/2009)**
 - 2. Änderung (ThürStAnz. Nr. 26/2010)**
 - 3. Änderung (ThürStAnz. Nr. 47/2010)**
-

2	Gegenstand der Förderung
2.1	Förderungsfähig sind Investitionen in langlebige Wirtschaftsgüter, die <ul style="list-style-type: none"> - die Voraussetzungen der Art. 26, Abs. 1a der VO (EG) Nr. 1698/2005 (ELER) erfüllen, - der Erzeugung, Verarbeitung oder Direktvermarktung von Anhang-I-Erzeugnissen dienen, - die Bedingungen der Art. 53 (Diversifizierung hin zu nicht landwirtschaftlichen Tätigkeiten) der VO (EG) Nr. 1698/2005 (ELER- Verordnung) sowie die Bedingungen der VO (EG) Nr. 1998/2006 (De-minimis-Beihilfen) erfüllen, wenn sie auf Nicht-Anhang-I-Produkte gerichtet sind, - durch Schaffung der baulichen und technischen Voraussetzungen einem oder mehreren der unter 2.3.1 genannten Ziele dienen.

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2005/l_277/l_27720051021de00010040.pdf

Art. 26 Abs. 1a VO(EG) Nr. 1698/2005 (ELER)

Verbesserung der Gesamtleistung des landwirtschaftlichen Betriebs,

Art. 53 der VO (EG) Nr. 1698/2005 (ELER)

Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten

Anhang-I-Erzeugnisse

LISTE zu Artikel 32 des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (Konsolidierte Fassung)
Amtsblatt Nr. C 321E vom 29. Dezember 2006

(1) Nummer des Brüsseler Zolltarifschemas	(2) Warenbezeichnung
Kapitel 1	Lebende Tiere
Kapitel 2	Fleisch und genießbarer Schlachtabfall
Kapitel 3	Fische, Krebstiere und Weichtiere
Kapitel 4	Milch und Milcherzeugnisse, Vogeleier; natürlicher Honig
Kapitel 5	
05.04	Därme, Blasen und Mägen von anderen Tieren als Fischen, ganz oder geteilt
05.15	Waren tierischen Ursprungs, anderweit weder genannt noch inbegriffen; nicht lebende Tiere des Kapitels 1 oder 3, ungenießbar
Kapitel 6 auch 0602 90 41	Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels
	Niederwald mit Kurzumtrieb
Kapitel 7	Gemüse, Pflanzen, Wurzeln und Knollen, die zu Ernährungszwecken verwendet werden
Kapitel 8	Genießbare Früchte, Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen
Kapitel 9	Kaffee, Tee und Gewürze, ausgenommen Mate (Position 09.03)
Kapitel 10	Getreide
Kapitel 11	Müllereierzeugnisse, Malz; Stärke; Kleber, Inulin
Kapitel 12	Ölsaaten und ölhaltige Früchte; verschiedene Samen und Früchte; Pflanzen zum Gewerbe- oder Heilgebrauch, Stroh und Futter
Kapitel 13	
ex 13.03	Pektin
Kapitel 15	
15.01	Schweineschmalz; Geflügelfett, ausgepresst oder ausgeschmolzen
15.02	Talg von Rindern, Schafen oder Ziegen, roh oder ausgeschmolzen, einschließlich Premier Jus
15.03	Schmalzstearin; Oleostearin; Schmalzöl, Oleomargarine und Talgöl, weder emulgiert, vermischt noch anders verarbeitet
15.04	Fette und Öle von Fischen oder Meeressäugtieren, auch raffiniert
15.07	Fette pflanzliche Öle, flüssig oder fest, roh, gereinigt oder raffiniert

(1) Nummer des Brüsseler Zolltarifschemas	(2) Warenbezeichnung
15.12	Tierische und pflanzliche Fette und Öle, gehärtet, auch raffiniert, jedoch nicht weiter verarbeitet
15.13	Margarine, Kunstspeisefett und andere genießbare verarbeitete Fette
15.17	Rückstände aus der Verarbeitung von Fettstoffen oder von tierischen oder pflanzlichen Wachsen
Kapitel 16	Zubereitungen von Fleisch, Fischen, Krebstieren und Weichtieren
Kapitel 17	
17.01	Rüben- und Rohrzucker, fest
17.02	Andere Zucker; Sirupe; Kunsthonig, auch mit natürlichem Honig vermischt; Zucker und Melassen, karamellisiert
17.03	Melassen, auch entfärbt
17.05	Zucker, Sirupe und Melassen, aromatisiert oder gefärbt (einschließlich Vanille und Vanillinzucker), ausgenommen Fruchtsäfte mit beliebigem Zusatz von Zucker
Kapitel 18	
18.01	Kakaobohnen, auch Bruch, roh oder geröstet
18.02	Kakaoschalen, Kakaohäutchen und anderer Kakaoabfall
Kapitel 20	Zubereitungen von Gemüse, Küchenkräutern, Früchten und anderen Pflanzen oder Pflanzenteilen
Kapitel 22	
22.04	Traubenmost, teilweise vergoren, auch ohne Alkohol stummgemacht
22.05	Wein aus frischen Weintrauben; mit Alkohol stummgemachter Most aus frischen Weintrauben
22.07	Apfelwein, Birnenwein, Met und andere gegorene Getränke
ex 22.08 ex 22.09	Äthylalkohol und Spirit, vergällt und unvergällt, mit einem beliebigen Äthylalkoholgehalt, hergestellt aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die in Anhang I des Vertrags aufgeführt sind (ausgenommen Branntwein, Likör und andere alkoholische Getränke, zusammengesetzte alkoholische Zubereitungen —Essenzen — zur Herstellung von Getränken)
ex 22.10	Speiseessig
Kapitel 23	Rückstände und Abfälle der Lebensmittelindustrie; zubereitetes Futter
Kapitel 24	
24.01	Tabak, unverarbeitet; Tabakabfälle
Kapitel 45	
45.01	Naturkork, unbearbeitet, und Korkabfälle; Korkschrot, Korkmehl
Kapitel 54	
54.01	Flachs, roh, geröstet, geschwungen, gehechelt oder anders bearbeitet, jedoch nicht versponnen; Werg und Abfälle (einschließlich Reißspinnstoff)
Kapitel 57	
57.01	Hanf (Cannabis sativa), roh, geröstet, geschwungen, gehechelt oder anders bearbeitet, jedoch nicht versponnen; Werg und Abfälle (einschließlich Reißspinnstoff)

Weitergehende Informationen unter:

<http://www.zolltarifnummern.de/>

Im Hinblick auf die Rahmenplanänderung 2014 werden Investitionen in Kurzumtriebsplantagen im Förderjahr 2013 in die Diversifizierung eingeordnet.

Investitionen in den Bereichen Aquakultur und Binnenfischerei (Kapitel 3) sind in Thüringen nicht im AFP förderfähig. Für diese Investitionen kann auf die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Fischerei und Fischwirtschaft in Thüringen (ThürStAnz Nr. 36/2008) verwiesen werden:

2.2	<p>Zuwendungsfähige Ausgaben</p> <p>Zuwendungsfähig sind die nachfolgend aufgeführten Ausgaben, soweit sie für die zu fördernden Vorhaben notwendig sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Errichtung, Erwerb oder Modernisierung von unbeweglichem Vermögen; - Kauf von neuen Maschinen und Anlagen der Innenwirtschaft sowie Erstanschaffung von neuen Maschinen und Anlagen im Rahmen der Schaffung außerlandwirtschaftlicher Einkommensquellen einschließlich Computersoftware, bis zum marktüblichen Wert des Wirtschaftsgutes; - allgemeine Aufwendungen, etwa für Architektur- und Ingenieurleistungen sowie für Betreuung von baulichen Investitionen ...
------------	---

Erschließungsmaßnahmen sind Bestandteil der förderfähigen baulichen Aufwendungen soweit sie gemeinsam mit dem förderfähigen Wirtschaftsgut aktiviert werden.

Förderfähig sind auch Teile von Maschinen und technischen Anlagen, die zusammen mit gebrauchten bereits vorhandenen Wirtschaftsgütern aktiviert werden.

Liste der förderfähigen **Maschinen der Innenwirtschaft**

- Futtermischwagen (gezogen und selbstfahrend)
- Futterverteilerwagen
- Fräsmischfutterwagen
- Siloverteiler (Anbaugerät)
- Siloblockschneider
- Silowalzen
- Siloschlauchfüller
- Großballenauflösegerät
- Stroheinstreumaschine
- Hubwagen
- Gabelstapler
- Teleskoplader
- Radlader
- Hochdruckreiniger
- mobile Belüftungstechnik für Getreidelagerstätten

Leasingkauf und Mietkauf sind nicht förderfähig.

Erstanschaffung von Maschinen und Anlagen

Bei Maschinen und Anlagen im Rahmen der Schaffung außerlandwirtschaftlicher Einkommensquellen sind keinerlei Ersatzinvestitionen, auch nicht unter den unter 2.5.1 erläuterten Bedingungen, förderfähig, wenn nicht neue oder zusätzlichen Einkommensquellen erschlossen werden. Zusätzliche Einkommensquellen sind in der Investitionsbeschreibung und im Investitionskonzept darzustellen z. B. als Kapazitätserweiterung, Umsatzsteigerung oder Einkommenszuwachs.

Förderfähig sind z.B. Direktvermarktung in einer weiteren Filiale an einem anderen Standort oder ein Verkaufsfahrzeug für eine neue Route.

Computersoftware

Bei Investitionen in die landwirtschaftliche Urproduktion ist nur die für den Produktionsprozess notwendige Software förderfähig. Analog wird bei Diversifizierungsmaßnahmen die Förderfähigkeit auf unmittelbar mit der nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeit im Zusammenhang stehende Software beschränkt.

Allgemeine Aufwendungen

Förderfähig sind Baunebenkosten gemäß Kostengruppe 7 der DIN 276 **mit Ausnahme der Finanzierungskosten** (vgl. Nr. 2.5.4 der Förderrichtlinie). Hinweise gibt folgende Aufstellung:

700	Baunebenkosten			
710	Bauherrenaufgaben			
711	Projektleitung			
712	Projektsteuerung			
713	Betriebs- und Organisationsberatung			
719	Bauherrenaufgaben, sonstiges			
720	Vorbereitung der Objektplanung			
721	Untersuchungen			
722	Wertermittlungen			
723	Städtebauliche Leistungen			
724	Landschaftsplanerische Leistungen			
725	Wettbewerbe			
729	Vorbereitung der Objektplanung, sonstiges			
730	Architekten- und Ingenieurleistungen			
731	Gebäude			
732	Freianlagen			
733	Raumbildende Ausbauten			
734	Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen			
735	Tragwerksplanung			
736	Technische Ausrüstung			
739	Architekten- und Ingenieurleistungen, sonstiges			
740	Gutachten und Beratung			
741	Thermische Bauphysik			
742	Schallschutz und Raumakustik			
743	Bodenmechanik, Erd- und Grundbau			
744	Vermessung			
745	Lichttechnik, Tageslichttechnik			
749	Gutachten und Beratung, sonstiges			
750	Kunst			
760	Finanzierung			
761	Finanzierungskosten			
762	Zinsen vor Nutzungsbeginn			
769	Finanzierung, sonstiges			
770	Allgemeine Baunebenkosten			
771	Prüfungen, Genehmigungen, Abnahmen			
772	Bewirtschaftungskosten			
773	Bemusterungskosten			
774	Betriebskosten während der Bauzeit			
779	Allgemeine Baunebenkosten, sonstiges			
790	Sonstige Baunebenkosten			

- 2.3.1 Investitionen in der landwirtschaftlichen Urproduktion einschließlich Investitionen in der Milchviehhaltung**, wenn diese mindestens eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen:
- **Erhöhung der betrieblichen Wertschöpfung,**
 - **Rationalisierung und Senkung der Produktionskosten,**
 - **Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen,**

Investitionen nach 2.3.1 betreffen Investitionen, die auf die **Primärerzeugung** von Anhang-I-Produkten (landwirtschaftliche Urproduktion) sowie auf die Verarbeitung und Vermarktung eigen erzeugter Anhang I-Produkte (Direktvermarktung) gerichtet sind. Das Endprodukt muss immer ein Anhang I-Erzeugnis sein.

2.3.2 Investitionen zur Erfüllung besonderer Anforderungen **einschließlich Investitionen in der Milchviehhaltung**
Verbesserung des Tierschutzes und der Tierhygiene durch Schaffung der baulichen und technischen Anforderungen gemäß Anlage 1.

Der Antrag enthält subventionserhebliche Angaben des Antragstellers über die Erfüllung der Bedingungen der Anlage 1.

Bei allen Zuwendungsempfängern wird im Rahmen der Verwaltungskontrolle spätestens vor der letzten Auszahlung die Einhaltung der Bedingungen im Rahmen der Amtshilfe durch die TLL geprüft. Eine Feststellung von Verstößen führt zu

- Widerruf und Rückforderung der Zuwendung und
- Anzeige wegen des Verdachts auf Subventionsbetrug
- ggf. Sanktionen und Ausschluss von weiteren Fördermaßnahmen.

2.3.3 Förderung von Investitionen der Bienenwirtschaft

Im Sinne der Förderrichtlinie gelten die Bienenbeuten als unbewegliches Vermögen analog einem Stall für andere Nutztiere.

Ausnahmeregelungen:

- Maschinen und Geräte für die Außenwirtschaft sind förderfähig (Nr. 2.5.3)
- Meldung Tierseuchenkasse und LA statt Mindestgröße lt. ALG (Nr. 3.1.3)
bei Neugründungen zusätzlich eine Stellungnahme des TMLFUN (Referat 34) sowie der Nachweis über die Teilnahme an einem Anfängerkurs
- bei Investitionen unter 20.000 € keine Buchführungspflicht
- kein Rating aus Vorwegbuchführung (Nr. 4.1.1; 5. Tired)
- Rating nur zur Feststellung der Fördernotwendigkeit (Prosperität) nur bei Investitionen ab 30.0000 € (Nr. 4.1.2)
- Mindestinvestitionsvolumen 5.000 € (Nr. 5.4; 2.Tired)

Für Imker mit einer Größe zwischen 12 und 25 Völkern kann ein vereinfachtes Antragsverfahren auf der Grundlage folgender Unterlagen angewandt werden:

- Antrag
- Investitionsbeschreibung / Betriebsentwicklung
- Nachweis der Tierseuchenkasse
- Durchfinanzierungsbestätigung / Eigentumsnachweis (bei baulichen Maßnahmen)
- Erklärung in Steuersachen

2.3.4 Investitionen in der Milchviehhaltung zu veränderten Konditionen

BEWILLIGUNGSENDE: 31.12.2012

Abgrenzung der Förderfähigkeit mit veränderten Konditionen

Förderung von Investitionen, die nur mittelbar der Milchproduktion zuzuordnen sind (z.B. Innentechnik, Güllelagerung) für Unternehmen mit BWA:

- 4110/4120
- 7110/7210
- 8110/8120

ACHTUNG:

Nur für Bewilligungen 2010 konnten auch mittelbare Investitionen in der **Milchviehhaltung** einschließlich Kälber - und Jungrinderaufzucht mit geänderten Konditionen gefördert werden!

Förderung von Investitionen in spezialisierten Färsenaufzuchtbetrieben wenn

- eine eindeutige Zuordnung zur Milchproduktion erfolgen kann (klare Abgrenzung zur Mast) und
- der überwiegende Teil der Färsen in Thüringen abgesetzt wird (> 2/3).

keine Förderung mit veränderten Konditionen

1. Maschinen ohne direkten Bezug zur Milchwirtschaft

- Radlader
- Frontlader
- Teleskoplader
- Reinigungsmaschinen (z.B. Kärcher)
- Ausrüstungen zur Getreidelagerung, einschl. Reinigung und Trocknung

2. Bauinvestitionen ohne direkten Bezug zur Milchwirtschaft (sofern sie nicht im Rahmen des Gesamtprojektes zum Bau eines Milchviehstalles gehören und zeitgleich beantragt werden)

- Hofbefestigungen
- Einzäunungen/Einfriedungen
- Bepflanzungen
- Getreidelagerung, einschl. Reinigung und Trocknung

2.3.5 Investitionen zur Diversifizierung hin zu nicht landwirtschaftlichen Tätigkeiten einschließlich Verarbeitung und Vermarktung eigenerzeugter Produkte

Die Förderung bezieht sich auf die Unterstützung nicht landwirtschaftlicher Tätigkeiten. Die Erstanschaffung von Maschinen und Geräten der landwirtschaftlichen Außenwirtschaft (z. B. Schlepper, Pflanzenschutzspritzen, Gülleausbringungstechnik) ist daher auch im Rahmen der Diversifizierung nicht förderfähig.

Förderfähig sind Investitionen in den Bereichen

- Verarbeitung und Vermarktung von Nicht-Anhang I-Produkten
- Verarbeitung und Vermarktung von Anhang I-in Verbindung mit Nicht-Anhang I-Produkten (Hauptanteil der Endprodukte = Nicht-Anhang I-Produkte; > 50 % des lt. Investitionskonzepts geplanten Umsatzes im Zieljahr)
- industrielle Produktion,
- Handwerk,
- Handel,
- erneuerbare Energien (ab 2011 Einstellung der Förderung von Fotovoltaikanlagen)
- landwirtschaftliche, hauswirtschaftliche oder kommunale Dienstleistungen,
- Pensionstierhaltung für nichtlandwirtschaftliche Tierarten
- Erschließung von landwirtschaftlichen Nebenprodukten für die energetische oder stoffliche Verwertung
- Verarbeitung NAWARO

Zu beachten ist, dass die Förderung auf folgende Ausgaben, soweit sie für die Durchführung des Vorhabens erforderlich sind, beschränkt wird:

- Errichtung, Erwerb oder Modernisierung von unbeweglichem Vermögen;
- Erstanschaffung von neuen Maschinen und Anlagen im Rahmen der Schaffung außerlandwirtschaftlicher Einkommensquellen, einschließlich Computersoftware, bis zum marktüblichen Wert des Wirtschaftsgutes;
(z.B. Spezialmaschinen für die Landschaftspflege oder für kommunale Dienstleistungen; Verkaufswagen zur Direktvermarktung u. a.)
Keine Förderung von PKW!
- Allgemeine Aufwendungen, etwa für Architektur- und Ingenieurleistungen sowie für Beratung, Betreuung von baulichen Investitionen, Durchführbarkeitsstudien, den Erwerb von Patentrechten und Lizenzen bis zu einem Höchstsatz von insgesamt 12 % der in den ersten beiden Trets genannten förderfähigen Ausgaben. (siehe auch Erläuterung zu Nr. 2.2)

Maschinen und Geräte der Grünlandbewirtschaftung können im Rahmen der Diversifizierung nur gefördert werden, wenn der Antragsteller in seinem Betrieb selbst kein Grünland hat.

Leasing- und Mietkauf sind nicht förderfähig.

Die Förderung von Investitionen im Bereich **Agrartourismus** erfolgt nicht im AFP sondern ausschließlich im Rahmen einer eigenständigen Förderrichtlinie.

2.4.2 Biogasanlagen werden nach 2.3.5 (Diversifizierung) nur gefördert, wenn der Gärrestlagerbehälter während der gesamten Lagerungsdauer gasdicht abgedeckt ist, so dass keine schädlichen Klimagase entweichen können.

Maßgebend für die Beurteilung, welcher Teil der Biogasanlage gasdicht abzudecken ist, ist der Übergang vom Fermenter (Gärbehälter) zum nächstfolgenden Behälter. Der nächstfolgende Behälter kann als Gärrestelagerbehälter funktionell unterschiedlich ausgerichtet sein – als Nachgärbehälter mit Gas auffangfunktion oder als endgültig ausgelegter Gärrestelagerbehälter. Er muss unabhängig von den erläuterten Funktionen gasdicht abgedeckt sein. Sollte ggf. ein weiterer Behälter, in den aus dem Nachgärbehälter umgefüllt wird, erforderlich sein, ist dieser nicht mehr hinsichtlich der gasdichten Abdeckung zu werten, da hier keine Ausgasungen mehr entstehen.

2.4.3 Investitionen in Bereichen mit Produktionsbeschränkungen, die zur Ausweitung betrieblicher Produktionskapazitäten führen, sind nur dann förderfähig, wenn ein Nachweis der Absatzmöglichkeiten vorliegt. Der Nachweis ist mit dem Antrag zu erbringen

Als aus den Gemeinsamen Marktordnungen resultierende Produktionsbeschränkungen sind im AFP relevant:

- Investitionen zu Aufhebungen nur im Rahmen vorhandener Rebrechte

2.4.5 Aufwendungen für die Betreuung von Investitionsvorhaben sind nur ab einem förderungsfähigen baulichen Investitionsvolumen von mehr als 100.000 Euro zuwendungsfähig.

Die Förderung erfolgt im Rahmen der allgemeinen Aufwendungen nach Nr. 2.2 drittes Tiert und beinhaltet Gebühren für mit dem Zuwendungsverfahren verbundene Leistungen, die über die Architektur- und Ingenieurleistung hinaus gehen wie z. B. Erstellung der Antragsunterlagen, der Abrufanträge oder des Verwendungsnachweises.

2.5 Förderungsausschluss

- Von der Förderung sind ausgeschlossen
- 2.5.1** der Erwerb von Produktionsrechten und Gesellschaftsanteilen, Tieren, Pflanzrechten oder Pflanzen, es sei denn, sie dienen der Anlage von **Dauerkulturen**, sowie **einfache Ersatzinvestitionen**,

Kurzumtriebsplantagen zur Gewinnung von Energieholz gelten als **Dauerkulturen**. Die Aufwendungen für den Erwerb des Pflanzguts sowie die Pflanzung, wenn sie von einem unabhängigen Dienstleistungsunternehmen durchgeführt wird, kann bezuschusst werden.

Hinweis: Gemäß Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 können Zahlungsansprüche für Kurzumtriebsplantagen nur auf Stilllegungsflächen oder Flächen, für die eine Energiepflanzenprämie beantragt wurde, genutzt werden.

Für die Förderung der Anlage von Dauerkulturen ist das Nutzungsrecht für die Dauer der Zweckbindungsfrist nachzuweisen.

Einfache Ersatzinvestitionen liegen nicht vor, wenn das neu angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgut wegen seiner technischen Überlegenheit oder rationelleren Arbeitsweise für das Unternehmen eine wesentlich andere Bedeutung hat als das ausgeschiedene Wirtschaftsgut oder wesentliche Verbesserungen in mindestens einem der Bereiche Umwelt-, Arbeits- oder Tierschutz bewirkt.

Einfache Ersatzinvestitionen liegen demnach dann vor, wenn die Investition nicht zu einer Veränderung bei mindestens einem der folgenden Punkte führt:

- der Produktionskapazität oder
- der Produktionstechnologie oder
- des Aufwands (z. B. Energieverbrauch, Materialeinsatz) oder
- der Kosten oder
- der Arbeitszeit oder
- der Arbeitsbedingungen oder
- der Umweltsituation (z. B. Verringerung von Emissionen) oder
- des Tierschutzes bzw. der Tierhygiene führt.

Dieser Aspekt muss aus der vom Zuwendungsempfänger abzugebenden Beschreibung der Investition und den im Investitionskonzept den einzelnen Investitionsvorhaben zuzuordnenden Zielen der Investition ersichtlich sein.

Typische Beispiele für Ersatzinvestitionen sind Reparaturen bestehender Gebäude oder Einrichtungen oder der Ersatz von Türen, Fenstern, Dacheindeckungen.

2.5 Förderungsausschluss

2.5.3 Maschinen und Geräte für die Außenwirtschaft, ausgenommen Maschinen und Geräte für die Bienenwirtschaft nach 2.3.3,

Das Förderverbot gilt auch für mobile Beregnungs- und Pflanzenschutztechnik im Obst- und Gartenbau.

Für Dauerkulturen sind Beregnungsanlagen förderfähig, sofern sie für die gesamte Nutzungsdauer installiert werden,

2.5.7 Wirtschaftsgüter, die von verbundenen oder sonst wirtschaftlich, rechtlich oder personell **verflochtenen Unternehmen** erworben werden,

Die Landwirtschaftsbetriebe Thüringens verfügen über umfangreiche Beteiligungen und Verflechtungen, die im Sinne der Nr. 2.5.7 zu einem erheblichen Prüfungsaufwand und ggf. zu umfangreichen Förderausschlüssen bzw. Sanktionen führen können.

Im Interesse der Angemessenheit und Handhabbarkeit der Regelung sollen Beteiligungen und Verflechtungen i. H. v. bis zu 25 % am Kapital oder an den Stimmrechten bei den Prüfungen zu Nr. 2.5.7 unberücksichtigt bleiben. Davon ausgenommen sind Fälle, bei denen ein maßgeblicher Einfluss, z. B. durch Personenidentität in der Geschäftsführung, im Verhältnis zwischen verbundenen oder verflochtenen Unternehmen festzustellen ist. Hier gilt die Geringfügigkeitsgrenze nicht.

Die Mitgliedschaft in einer Erzeugerorganisation für Produkte gemäß Anhang 1 des EG-Vertrags gilt nicht als Verflechtung im Sinne der Nr. 2.5.7.

2.5.8 Investitionen in **Landankauf**, Wohnungen und Verwaltungsgebäude (außer Fotovoltaikanlagen auf Verwaltungsgebäuden)

Ausgeschlossen ist der Ankauf landwirtschaftlicher Flächen.

Förderfähig ist der Erwerb

- bebauter Grundstücke,
- der zu einer zu erwerbenden Hofstelle gehörenden Grundstücke sowie
- zu bebauender Grundstücke, bis zu einer Höhe von 10 % der baulichen Investition soweit es zur Verlegung des Betriebes oder wesentlicher Betriebsteile in den Außenbereich, deren Erweiterung oder zur Zusammenführung von getrenntem Boden- und Gebäudeeigentum erforderlich ist.

Ab 2011 Einstellung der Förderung von Fotovoltaikanlagen.

2.5.10 bezüglich 2.3.5 (Diversifizierung) Investitionen, die die Erzeugung von Anhang-I-Produkten betreffen

Investitionen im Zusammenhang mit der Errichtung von Biogasanlagen werden für Unternehmen mit Tierhaltung wie folgt abgegrenzt:

Investitionen in der Urproduktion
Stall mit

- Futtersilo bei Tierbestandserhöhung oder Konzentration der Tierhaltung an einem Standort
- Gülleleitungen
- Lagerstätten für Gülle und Stallung für eine Lagerdauer von 6 bis max. 9 Monaten
- (Gärrestelagerbehälter)

Investitionen in der Diversifizierung
Biogasanlage mit

- BHKW
- Fermenter
- Nachgärbehälter

Für Unternehmen ohne Tierhaltung sind alle Investitionen in Gänze der Diversifizierung zuzuordnen.

3 Zuwendungsempfänger

Gefördert werden:

- 3.1 Unternehmen, unbeschadet der gewählten Rechtsform,
 - 3.1.1 die im Sinne des Anhang I VO (EG) Nr. 800/2008 Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen (KMU) sind sowie, bei Geltung abgesenkter Fördersätze, Unternehmen, die der Definition KMU nicht entsprechen,
.....
 - 3.1.3 die in § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) genannte Mindestgröße erreichen oder überschreiten
.....
- 3.3 Unternehmen, die einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen.

[VO \(EG\) Nr. 800/2008](#)

- Definition KMU
- o maximal 250 Beschäftigte **und**
 - o Jahresumsatz höchstens 50 Mio. € **oder**
Jahresbilanzsumme höchstens 43 Mio. € **und**
 - o Einhaltung der beiden Bedingungen im gesamten Unternehmensverbund
(bei Beteiligungsverhältnissen ab 25%)

Die Prüfung muss sich auf das antragstellende Unternehmen sowie die Unternehmen die mit dem antragstellenden Unternehmen verbunden sind beziehen, soweit die Beteiligung mehr als 25 % des Kapitals oder der Stimmanteile beträgt. Dabei sind sowohl die Beteiligungen des antragstellenden Unternehmens an anderen Unternehmen als auch die Beteiligungen anderer Unternehmen am antragstellenden Unternehmen zu berücksichtigen.

Des Weiteren kann ein Unternehmen nicht als KMU anerkannt werden, wenn 25 % oder mehr seines Kapitals oder seiner Stimmrechte direkt oder indirekt von öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts kontrolliert werden.

Der Förderausschluss für Unternehmen, die nicht unter die Definition für KMU fallen, gilt ausschließlich für den Bereich der landwirtschaftlichen Primärproduktion (Anhang-I-Produkte).

Für Investitionen für die Diversifizierung hin zu nicht landwirtschaftlichen Tätigkeiten (Nr. 2.3.4) gilt der Förderausschluss nicht.

Die Mindestgröße nach ALG wird durch die Landwirtschaftliche Sozialversicherung Mittel- und Ostdeutschland definiert:

[Mindestgröße bei der Landwirtschaftlichen Alterskasse für Landwirtschaftsbetriebe](#)

[Mindestgröße bei der Landwirtschaftlichen Alterskasse für Gartenbaubetriebe](#)

3 Zuwendungsempfänger

3.2 Unternehmen ... deren Umsätze aus der Tierhaltung mehr als 25 % betragen unabhängig von der Flächengröße

Förderfähig sind auch Unternehmen mit gewerblicher Tierhaltung. Es können nur Unternehmen berücksichtigt werden, die Rinder, Schweine oder Geflügel halten und die Mindestgröße nach ALG erreichen.

Die Mindestgröße lt. § 1 (2) des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) - http://www.gesetze-im-internet.de/alg/_1.html – gilt als erreicht, wenn für die Tierhaltung ein Arbeitsaufwand von 120 Arbeitstagen nachgewiesen werden kann. Dabei gelten folgende Koeffizienten für die jeweilige Erzeugungseinheit (EE):

- Zuchtsauen (ab 1. Belegung) und Sauen mit Babyferkeln	26	AK h/EE
- andere Schweine (ohne Ferkel) und Ferkelaufzucht (10-30 kg)	4	AK h/EE
- Junghennen bis 6 Monate	0,15	AK h/EE
- Legehennen ab 6 Monate	0,30	AK h/EE

3	Zuwendungsempfänger
3.4	Für Investitionen nach 2.3.5 (Diversifizierung) Unternehmen nach 3.1, 3.3 ohne Beachtung der KMU-Kriterien und zusätzlich bei den landwirtschaftlichen Einzelunternehmen nach 3.1 die Inhaber dieser Unternehmen, deren Ehegatten sowie mitarbeitende Familienangehörige gem. § 1 Abs. 8 ALG, soweit sie in räumlicher Nähe zum landwirtschaftlichen Betrieb erstmalig eine selbstständige Existenz gründen oder entwickeln.

Zuwendungsberechtigt für Investitionen nach 2.3.5 (Diversifizierung) sind:

- ⇒ Unternehmen nach 3.1, = landwirtschaftliche Urproduktion (Einzelunternehmen, GbR oder Juristische Person)
- ⇒ Unternehmen nach 3.3 = kirchliche, gemeinnützige, mildtätige Zwecke

ohne Absenkung der Fördersätze für KMU

und zusätzlich (nur) bei den landwirtschaftlichen Einzelunternehmen die

- ⇒ Inhaber dieser Unternehmen, deren
- ⇒ Ehegatten sowie
- ⇒ mitarbeitende Familienangehörige gem. § 1 Abs. 8 ALG, soweit sie in räumlicher Nähe zum landwirtschaftlichen Betrieb erstmalig eine selbstständige Existenz gründen oder (eine selbstständige Existenz weiter) entwickeln.

Führt die Diversifizierung zur Gründung eines juristisch selbständigen vom Landwirtschaftsbetrieb unabhängigen Unternehmens, ist eine weitere Förderung im AFP/DIV ausgeschlossen. Erfolgt die außerlandwirtschaftliche Tätigkeit in einem Nebenbetrieb des landwirtschaftlichen Unternehmens, besteht die Möglichkeit einer weiteren Förderung im AFP/DIV.

Im Einzelunternehmen mitarbeitende Familienangehörige gem. § 1 Abs. 8 ALG

In § 1 Abs. 8 Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) ist definiert:
(http://www.gesetze-im-internet.de/alg/_1.html)

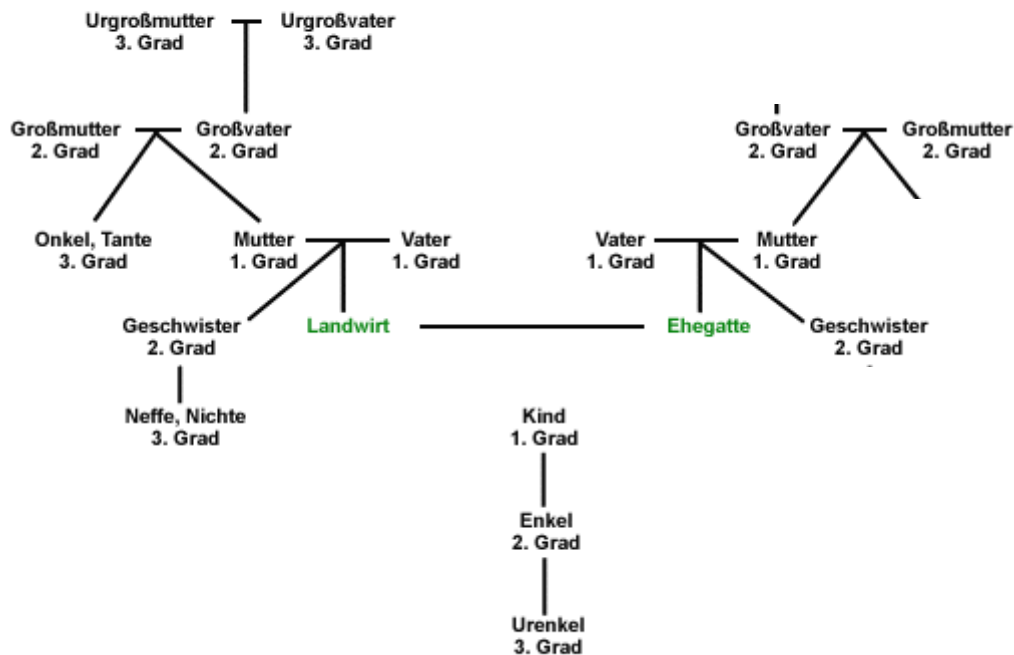
Mitarbeitende Familienangehörige sind

1. Verwandte bis zum dritten Grade,
2. Verschwägerte bis zum zweiten Grade und
3. Pflegekinder

eines Landwirtes oder seines Ehegatten, die in seinem Unternehmen hauptberuflich tätig sind.

Landwirt

Ehegatte eines Landwirts



Hauptberuflich wird die Beschäftigung dann,

- wenn die **wöchentliche Arbeitszeit mindestens 15 Stunden** beträgt **oder**
- die Tätigkeit nicht von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung ist.
(Das trifft dann zu, wenn das daraus erzielte Entgelt **monatlich 400 EUR regelmäßig übersteigt**).

Das mitarbeitende Familienmitglied hat die **schriftliche Bescheinigung** über:

1. das verwandtschaftliche Verhältnis zum Landwirt oder dessen Ehegatten sowie
2. die hauptberufliche Tätigkeit im Unternehmen vorzulegen (z.B. Beitragsbescheid der Krankenkasse, Nachweis des erhaltenen Entgelts).

Zu 3 Zuwendungsempfänger

Nicht gefördert werden Unternehmen

- bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25% des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt oder
- die sich im Sinne der „Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten“ in Schwierigkeiten befinden.

Leitfaden Unternehmen in Schwierigkeiten

Im Sinne dieser Leitlinien befindet sich ein Unternehmen unabhängig von der Größe insbesondere in folgenden Fällen in Schwierigkeiten:

- a) wenn bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des gezeichneten Kapitals verschwunden und mehr als ein Viertel dieses Kapitals während der letzten zwölf Monate verloren gegangen ist;
- b) wenn bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften, mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verschwunden und mehr als ein Viertel dieser Mittel während der letzten zwölf Monate verloren gegangen ist;
- c) wenn unabhängig von der Unternehmensform die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens erfüllt sind.

Selbst wenn keine der genannten Voraussetzungen erfüllt ist, kann ein Unternehmen als in Schwierigkeiten befindlich angesehen werden, wenn die hierfür typischen Symptome auftreten, wie

- steigende Verluste,
- sinkende Umsätze,
- wachsende Lagerbestände,
- Überkapazitäten,
- verminderter Cashflow,
- zunehmende Verschuldung und Zinsbelastung sowie
- Abnahme oder Verlust des Reinvermögenswerts.

Eine gesonderte Prüfung, ob sich ein Unternehmen in Schwierigkeiten befindet, ist nicht erforderlich.

Im Rahmen des Betriebsratings nach Nr. 4.1.1 letzter Anstrich (Anlage 2) der Richtlinie wird die Förderwürdigkeit des Antragstellers geprüft. Unternehmen in Schwierigkeiten werden auf diesem Wege in jedem Fall erfasst und von der Förderung ausgeschlossen.

4	Zuwendungsvoraussetzungen
4.1.1	<p>Der Zuwendungsempfänger hat für Investitionen nach 2.3.1 bis 2.3.4 (landwirtschaftliche Urproduktion)</p> <ul style="list-style-type: none"> - berufliche Fähigkeiten für eine ordnungsgemäße Führung des Betriebes nachzuweisen. Bei juristischen Personen und Personengesellschaften muss mindestens ein Mitglied der Unternehmensleitung diese Voraussetzung erfüllen, - - eine Buchführung für mindestens 5 Jahre vom Zeitpunkt der Bewilligung fortzuführen, die dem BMELV-Jahresabschluss entspricht. In begründeten Einzelfällen kann die Bewilligungsbehörde abweichende Regelungen treffen. - einen Nachweis in Form eines Investitionskonzeptes über die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und der durchzuführenden Maßnahme zu erbringen, - nachzuweisen, dass der Ort der Investition in Thüringen liegt

Als Nachweis für die **beruflichen Fähigkeiten** werden anerkannt

- Abschluss einer landwirtschaftlichen Berufsausbildung oder
- Nachweis einer landwirtschaftlichen Fortbildung (Fachagrarwirt, Fach-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss) oder
- Abschluss einer landwirtschaftsnahen Berufs- oder Fortbildung (Landtechnik) oder
- langjährige (mindestens 5 Jahre) Berufserfahrung in der Landwirtschaft.

Buchführung für mindestens 5 Jahre im Sinne der Auflagenbuchführung nach BMELV-Abschluss

Die Förderung erfolgt unter der Auflage, dass vom Zeitpunkt der Bewilligung an eine Buchführung, entsprechend dem BMELV- Jahresabschluss, für die Dauer von mindestens 5 Jahren vorgenommen bzw. fortgesetzt wird. Das entsprechende Erfassungs- und Plausibilitätsprogramm ist zu finden unter:

<http://www.bmelv-statistik.de>

Die plausibilitätsgeprüften Jahresabschlüsse sind im csv-Format jährlich bis spätestens 31.12. des Folgejahres auf Datenträger bei der

Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Naumburger Straße 98, 07743 Jena

oder per e-Mail bei

gudrun.herold@tll.thueringen.de einzureichen.

Im **Code 0007** des Deckblattes muss Ihre vom Landwirtschaftsamt erhaltene **Personenidentnummer (PI)** eingetragen sein. Diese finden Sie im Mantelbogen des Invekos Sammelantrages unter Punkt I. Allgemeine Angaben – (Ident-Daten).

Die Bilanzen und GuV-Rechnungen zu Sonderbetriebsvermögen von Gesellschaftern und Mitunternehmern sind für die Erstellung der BMELV-Abschlüsse mit den Bilanzen und den GuV-Rechnungen des Unternehmens zu konsolidieren.

Ist die Investitionssumme geringer als 20.000 € besteht keine Verpflichtung zur Auflagenbuchführung. Bei Investitionen ab 20.000 € bis max. 100.000 € kann auf der Grundlage eines begründeten Antrags ein gefördertes Unternehmen von der Auflagenbuchführungspflicht befreit werden. Das gilt insbesondere, wenn durch produktionsspezifische Besonderheiten eine Auswertung auf der Basis des BMELV-JAB nicht sinnvoll wäre. Die Entscheidung über diesen Sachverhalt trifft die Bewilligungsbehörde.

Die entsprechend den gesetzlichen Verpflichtungen vorliegenden handelsrechtlichen oder steuerlichen Jahresabschlüsse oder Einnahmen-, Ausgaben- Überschussrechnungen sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde zur Verfügung zu stellen.

Unternehmen, die im Zusammenhang mit einer geförderten Diversifizierungsförderung ausgegründet werden, sind zur Vorlage einer Einnahmen-Überschussrechnung nach § 4 Abs. 3 EStG zu verpflichten (anstelle des BMELV-JAB).

Ort der Investition

Eine Förderung ist auch dann zulässig, wenn der Betriebssitz eines Unternehmens in Thüringen liegt, der Investitionsort, für den eine Förderung beantragt wird, sich jedoch in einem anderen Bundesland mit territorialem Bezug zum Betriebssitz befindet.

4	Zuwendungsvoraussetzungen
4.1.1	Der Zuwendungsempfänger hat für Investitionen nach 2.3.1 bis 2.3.4 (landwirtschaftliche Urproduktion)
.....	
-	aus der vorangegangenen Buchführung im Rahmen eines Betriebsratings (Anlage 2) die erfolgreiche Entwicklung des Betriebs (Ratingklasse II; ≤ 40 Bewertungspunkte) nachzuweisen...
4.1.2	Prosperitätsgrenze
	Investitionen nach 2.3.1 bis 2.3.5 werden nur gefördert, wenn im Rahmen des Betriebsratings (Anlage 2) die Ratingklasse II (> 10 Bewertungspunkte) nachgewiesen wird.
Anlage 2	Betriebsrating gemäß Nr. 4.1.1 und 4.1.2

Die Feststellung der Förderwürdigkeit (4.1.1) und Fördernotwendigkeit (4.1.2) erfolgt anhand der Daten der Vorwegbuchführung der BMELV-Jahresabschlüsse. Wenn kein BMELV-Jahresabschluss vorliegt, sind die vorliegenden handelsrechtlichen oder steuerlichen Abschlüsse heranzuziehen. Das Betriebsrating erfolgt gemäß dem von der TLL veröffentlichten Verfahren.

<http://www.tll.de/ainfo/html/rating.htm>

Nach Ziffer 4.1 des AFP-Antrages sind die letzten 3 Jahresabschlüsse vor Antragstellung dem Antrag beizufügen. Dabei ist ab dem 1. Juli des jeweiligen Jahres der Kalenderjahresabschluss des zuletzt abgelaufenen Jahres einzubeziehen. Ab dem 1. Januar des jeweiligen Jahres ist der Buchführungsabschluss des zuletzt abgelaufenen Wirtschaftsjahres einzubeziehen.

Für die Abrechnungszeiträume, in denen Auflagenbuchführungspflicht bestand, müssen plausibilitätsgeprüfte Abschlüsse nach den Vorgaben des BMELV dem Rating zugrunde gelegt werden. Dabei ist die Erstellung eines Leistungsvergleiches als Grundlage für das Rating-Kurzprogramm für Abschlüsse nach Kalenderjahr erst ab Dezember des Folgejahres möglich.

Betriebe, welche der Verpflichtung zur Auflagenbuchführung nicht unterliegen können für das Antragsverfahren die vorliegenden handelsrechtlichen oder steuerlichen Abschlüsse heranziehen.

Besteht keine Buchführungspflicht nach Handelsrecht und gegenüber der Finanzbehörde, sind alle sonstigen vorliegenden Aufzeichnungen und Abrechnungen (z. B. Einnahmen – Ausgaben Überschussrechnung, Kaufbelege für Grundmittel, Kontenstände über Guthaben und Verbindlichkeiten usw.) auf Anforderung der Bewilligungsbehörde zur Verfügung zu stellen.

Bei der Kennzahlenberechnung ohne BMELV-Jahresabschluss können nur Arbeitskräfte, die im Unternehmen angestellt sind, gewertet werden.

Für die im Folgenden genannten Fallgruppen ist im Zusammenhang mit dem Betriebsrating wie folgt zu verfahren:

Zuwendungsempfänger mit Investitionen von unter 20.000 € förderfähigem Investitionsvolumen (Nr. 5.4 FR AFP 2007)	Betriebsrating ist nicht erforderlich
Antragstellende Unternehmen, die bisher von der Buchführungspflicht befreit waren	Betriebsrating ist nicht erforderlich
Antragstellende Unternehmen mit Sonderbilanzen	Betriebsrating ist erforderlich; Es sind konsolidierte Bilanzen und konsolidierte GuV-Rechnungen zugrunde zu legen
Antragstellende Unternehmen mit Unterbilanzen	Betriebsrating ist ohne Einschränkungen erforderlich
Gemeinnützige Vereine, die zur Antragstellung noch nicht über einen landwirtschaftlichen Zweckbetrieb verfügen	Betriebsrating ist nicht erforderlich

4.1.3 Für Investitionen in die Milchviehhaltung nach 2.3.4 gelten zusätzlich die in Anlage 4 genannten Auswahlkriterien

Anlage 4

...

- das **Mindestinvestitionsvolumen** 150.000 € beträgt und

...

Ab 2011 ist das Mindestinvestitionsvolumen durch maximal 3 Vorhaben zu erreichen.

4.1.4 Der Zuwendungsempfänger hat für Investitionen nach 2.3.5 (Diversifizierung):

- **Fähigkeiten** für eine ordnungsgemäße Führung des zu gründenden Unternehmens nachzuweisen
- einen Nachweis in Form eines Investitionskonzeptes über die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und der durchzuführenden Maßnahme zu erbringen und
- nachzuweisen, dass der **Ort der Investition nicht auf dem Gebiet der Städte Erfurt, Gera und Jena** liegt. In **begründeten Ausnahmefällen** kann eine Abweichung von dieser Regelung getroffen werden.

Als Nachweis für ausreichende **Fähigkeiten** werden anerkannt:

- Abschluss einer Berufsaus- oder Fort- oder Weiterbildung in der Fachrichtung der durchzuführenden Investition oder
- langjährige (mindestens 5 Jahre) Berufserfahrung in der Fachrichtung der durchzuführenden Investition.

Im Ergebnis der **Definition des ländlichen Raums** im Rahmen der Förderinitiative Ländliche Entwicklung Thüringen (FILET) werden die Oberzentren Erfurt, Gera und Jena nicht in die Diversifizierungsförderung einbezogen. Projekte außerhalb des definierten ländlichen Raums sind daher nur im Ausnahmefall und bei hinreichender Begründung förderfähig. In jedem Fall sollten Sie auf die Begünstigung der ländlichen Wirtschaft im ländlichen Raum ausgerichtet sein.

Als Ausnahmefälle werden geregelt:

1. Förderung von Haupterwerbslandwirten

Haupterwerbslandwirte mit Sitz im nicht ländlichen Raum werden gefördert, da die Wirtschaftsbeziehungen mit dem ländlichen Raum erheblich sind (z. B. durch Futter-/Tierzu- und -verkauf). Insofern entsteht eine Begünstigung der ländlichen Wirtschaft im ländlichen Raum.

2. Fehlende Identität von Unternehmenssitz und Investitionsort

Allgemein gilt, dass für die Abgrenzung der Ort der Investition maßgebend ist. Für den Fall, dass ein Unternehmen mit Sitz im ländlichen Raum eine Investition im nicht ländlichen Raum (Investitionsort) durchführt, kann aufgrund der Stärkung der Wirtschaftskraft des im ländlichen Raum liegenden Unternehmens eine Förderung erfolgen (z.B. Marktstand).

4.2 Existenzgründung

Bei Unternehmen, die während eines Zeitraumes von höchstens zwei Jahren vor Antragstellung gegründet wurden und die auf eine erstmalige selbstständige Existenzgründung zurückgehen, gelten die Zuwendungsvoraussetzungen nach 4.1.1 mit der Maßgabe, dass

- statt des Betriebsratings ein **angemessener Kapitalanteil am Unternehmen** und ein **Finanzierungsanteil am zu fördernden Vorhaben von mindestens 10 %** sowie
-

Als angemessen ist ein **Kapitalanteil** am Unternehmen von mindestens 25 % anzusehen.

Der **Finanzierungsanteil** von 10 % bezieht sich nicht nur auf die zu fördernde Investition sondern auf die Gesamtfinanzierung, einschließlich nicht geförderter Investitionen, Betriebsmittel und Anlauffinanzierung. Darlehen werden hierbei nicht anerkannt.

Der Übergang vom Nebenerwerb zum Haupterwerb stellt keine klassische Existenzgründung dar (Betriebsrating erforderlich).

5.4	Das Mindestinvestitionsvolumen beträgt:		
-	nach 2.3.1 und 2.3.2:	20.000	€
	für Gartenbaubetriebe kann in begründeten Ausnahmefällen eine Absenkung auf	5.000	€
	genehmigt werden.		

Das **Mindestinvestitionsvolumen** ist in der Summe aller förderfähigen Investitionen und aller Finanzierungsjahre eines Antrags nachzuweisen. Dabei können die Investitionen auf 3 Förderjahre aufgeteilt werden.

Ausnahmen können für Gartenbaubetriebe im Einzelfall anerkannt werden. Die Regelung ist hauptsächlich für kleine Endverkaufsbetriebe im Zierpflanzenbereich vorgesehen.

5.5 Förderobergrenzen

5.5.1 Die Förderung für Maßnahmen nach 2.3.1 bis 2.3.3 wird begrenzt auf **ein förderungsfähiges Investitionsvolumen** von insgesamt **2,0 Mio.**, für Maßnahmen nach 2.3.4 von insgesamt **5,0 Mio. €**

Das **förderfähige Investitionsvolumen** von 2,0 Mio. € gilt für alle auf die Erzeugung von Anhang I-Produkten gerichteten Investitionen für die gesamte Programmlaufzeit (2007-2013). Zusätzlich können Investitionen in die Milchviehhaltung zu veränderten Konditionen (bis zu 40 % Zuschuss) bis zu 5,0 Mio. € gefördert werden

Zur Beurteilung von Konstruktionen im Zusammenhang mit der Mehrfachbeantragung von Fördermitteln, insbesondere bei mehrfacher Ausnutzung der Förderobergrenzen

- mit unmittelbar oder mittelbar verbundenen Unternehmen und/oder
- Nutzung gleicher Standorte von mehreren Unternehmen und/oder
- ungewöhnlichen, nicht a priori plausiblen Betriebsteilungen, Ausgliederungen etc.

soll wie folgt vorgegangen werden:

1. Bewertung der Gründe für die Schaffung der Unternehmenskonstruktion

Bestehen objektive Gründe (rechtliche Gründe, Auflagen aus Genehmigungen, Obergrenzen, Standortprobleme, hygienische Gründe, Tier-, Natur- und Umweltschutzbelange, Finanzierungsprobleme u. a.) für die Bildung des Konstrukts?

2. Bewertung der eigenständigen Existenzfähigkeit der einzelnen Teile des Konstrukts

Zu bewerten sind Unternehmenszweck, räumliche Lage, Eigentumsverhältnisse, Genehmigungsverfahren, Hausbank/Kreditgeber, Geschäftsführung, Durchführung der Investition.

3. Bewertung der Unternehmensführung und -tätigkeit im normalen Geschäftsablauf nach Durchführung der Investition

Wird das Konstrukt im normalen Geschäftsablauf aufrechterhalten oder werden getrennt geförderte Teile als Einheit geführt?

Ziel der Prüfung ist die Feststellung, ob das Konstrukt zur Erlangung der Förderung künstlich geschaffen worden ist.

5.5.2	Der Gesamtwert aller einem Unternehmen gewährten De-minimis-Beihilfen darf 200.000 € betragen auf einen Zeitraum von drei Steuerjahren nicht übersteigen. Dabei sind die für Maßnahmen nach 2.3.5 (Diversifizierung) gewährten Beihilfen und allen sonstigen De-minimis-Beihilfen zu summieren und ggf. die Bemessungsgrundlage für die Zuwendung zu kürzen.
5.6	Höhe der Zuwendung
5.6.5	Förderung nach 2.3.5 (Diversifizierung) Unter Beachtung der De-minimis-Regelung kann ein Zuschuss von bis zu 25 % der Bemessungsgrundlage gewährt werden

VO (EG) Nr. 1998/2006 (De-minimis-Beihilfen)

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2006/l_379/l_37920061228de00050010.pdf

Artikel 2

(2) Die Gesamtsumme der einem Unternehmen gewährten De-minimis-Beihilfen darf in einem Zeitraum von drei Steuerjahren 200.000 EUR nicht übersteigen.

- Angabe aller in den zurückliegenden drei Jahren – auch außerhalb des AFP - erhaltenen De-minimis-Beihilfen als subventionserhebliche Aussage des Zuwendungsempfängers im Antrag
- Ausstellung einer De-minimis-Bescheinigung für die im AFP gewährte Zuwendung als Bestandteil des Bewilligungsbescheids
- Führen einer Übersicht über alle im AFP gewährten De-minimis-Beihilfen

Für den Fall, dass von einem Antragsteller die zulässigen Obergrenzen nach der De-minimis-Regelung bzw. nach der Sonderregelung gemäß Nr. 5.6.5 FR AFP 2007 erreicht werden, kann eine Bewilligung weiterer De-minimis-Beihilfen für den Folgezeitraum im Rahmen der nach dem jeweiligen Kassenanschlag verfügbaren Verpflichtungsermächtigungen erfolgen. Dabei ist zu beachten, dass die einschlägigen Obergrenzen für den jeweiligen Drei-Jahres-Zeitraum eingehalten werden.

Beispiel:

Unternehmen A = Summe der De-minimis-Beihilfen für die Jahre

2007 = 100.000 €

2008 = 50.000 €

2009 = 50.000 €

Bewilligungen in 2009 mit VE für 2010 i. H. v. 100.000 € möglich

Investitionen, die unmittelbar der Stromerzeugung dienen und nach EEG vergütet werden, können mit einem Zuschuss von 10 % bis zu einem Betrag von 100.000 € gefördert werden. Investitionen die nicht unmittelbar auf die Stromerzeugung gerichtet sind, können unabhängig davon, ob sie zu einem EEG Bonus führen, mit einem Zuschuss von 25 % bis zu einem Betrag von 200.000 € gefördert werden.

5.6.2 Förderung nach 2.3.2 (besondere Anforderungen)

Es kann ein Zuschuss von bis zu 35 % der Bemessungsgrundlage gewährt werden.

Der erhöhte Fördersatz kann nur gewährt werden, wenn die geförderten Investitionen der Schaffung der baulichen und technischen Anforderungen gemäß Anlage 1 FR AFP 2007 dienen.

Falls **ein Förderantrag** die Durchführung einer komplexen Investitionsmaßnahme vorsieht, die neben Investitionen nach Anlage 1 der FR AFP 2007 auch weitere (Teil-)Investitionen am gleichen Objekt (z. B. Einbau eines Melkstands) beinhaltet, kann für die gesamte Investition der erhöhte Fördersatz gewährt werden.

5.7 Bürgschaften

Für Kapitalmarktdarlehen, die zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der förderungsfähigen Investitionen nach 2.3.1 bis 2.3.3 erforderlich sind, können gemäß Anlage 3 anteilige modifizierte Ausfallbürgschaften übernommen werden.

Bürgschaften werden nur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe und im Zusammenhang mit der Gewährung eines Zuschusses zur Sicherung der Gesamtfinanzierung bis höchstens 2,0 Mio. € im Zeitraum 2008 bis 2015 übernommen.

Die Anwendung der Bürgschaftsregelung steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.

Die aus der Vergangenheit bekannte Bindung der Bürgschaften an die zinsverbilligten Darlehen entfällt. Bürgschaften treten damit als eigenständiges Förderinstrument neben die Zuschüsse.

Bürgschaften dürfen nur für GAK-kompatible Maßnahmen und Zuwendungsempfänger eingesetzt werden, d.h. nicht für Maßnahmen unterhalb des Mindestinvestitionsvolumens von 20.000 €, für Imker zulässige Maschinen der Außenwirtschaft oder gewerbliche Tierhalter.

Die Vergabe von Bürgschaften unterliegt der Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:155:0010:0022:DE:PDF>

Durch die Vereinnahmung einer marktüblichen Bürgschaftsprovision (einschließlich Risikoentgelt) in Höhe von 1 % auf den jährlich valutierenden Bürgschaftsbetrag ist die Bürgschaftsregelung im AFP beihilfefrei gestellt.

- | | |
|-----|---|
| 6.1 | Bei Baumaßnahmen muss der Zuwendungsempfänger
– Eigentümer oder Erbbauberechtigter des Grundstücks oder Inhaber eines dinglich gesicherten Nutzungsrechts oder
– im Besitz eines Gebäudegrundbuchblatts sein. |
|-----|---|

Bei Baumaßnahmen kann im Einzelfall auch ein nicht dinglich gesichertes Nutzungsrecht anerkannt werden. Voraussetzung ist, dass die Laufzeit des Nutzungsrechts nicht vor dem Ende der Zweckbindungsfrist endet.

6.5 Kumulierbarkeit

Vorhaben, die aus Mitteln anderer öffentlicher Förderungsprogramme gefördert werden, dürfen nicht gleichzeitig nach diesen Grundsätzen gefördert werden

Eine Kumulation mit Mitteln der Landwirtschaftlichen Rentenbank ist möglich, soweit hierbei die beihilferechtlichen Förderobergrenzen nicht überschritten werden.

Bei Gartenbaubetrieben, die auf Seite 1 des Investitionskonzeptes angeben, dass sie ihre Produkte über Erzeugergemeinschaften/Großmärkte absetzen, ist aktenkundig zu prüfen, dass keine Förderung über die TLL im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisation Obst und Gemüse vorgesehen ist.

Bei Investitionsmaßnahmen zur Diversifizierung kann lt. Auskunft des TFM unter nachfolgenden Voraussetzungen eine Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz 2007 gewährt werden:

Einordnung der begünstigten Betriebe nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Nach § 2 InvZulG 2007 sind bestimmte Investitionen in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes im Fördergebiet begünstigt.

Die Abgrenzung des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen und des Beherbergungsgewerbes untereinander und von den übrigen Wirtschaftszweigen ist nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige durchzuführen. Übt ein Betrieb mehrere nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige unterschiedlich einzuordnende Tätigkeiten aus (Mischbetrieb), ist die Einordnung nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit vorzunehmen, d.h. in der Regel nach der Tätigkeit, auf die der größte Teil der entstandenen Wertschöpfung entfällt.

Nach den vorgenannten allgemeinen Grundsätzen gehören Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, deren Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit im Bereich der Erzeugung land- und forstwirtschaftlicher Produkte liegt, somit nicht zu den begünstigten Betrieben i.S.d. InvZulG 2007.

Darüber hinaus kann die Investitionszulage nach § 2 InvZulG 2007 nur gewährt werden, soweit in den sensiblen Sektoren (Anlage 2 zum InvZulG 2007) die Förderbarkeit nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist (§ 2 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 3 InvZulG 2007). Da der Landwirtschaftssektor zu den sensiblen Sektoren gehört (Nr. 5 der Anlage 2 zum InvZulG 2007) ist deshalb im Einzelfall (durch die Finanzbehörde) zu prüfen, ob ein Förderausschluss gegeben ist.

⇒ Das wird voraussichtlich nur für ausgegliederte Unternehmen in den o. g. Wirtschaftsbereichen zutreffen.

⇒ Bei Gewährung einer Investitionszulage ist eine Förderung im AFP ausgeschlossen. Bereits bewilligte und ausgezahlte Zuschüsse sind zu widerrufen und zurückzufordern!

7.1.1 Antragstellung

...

Mit dem Investitionsvorhaben kann begonnen werden, nachdem die Thüringer Aufbau-bank dem Antragsteller bestätigt hat, dass die Zuwendungsvoraussetzungen vorbehaltlich einer detaillierten Prüfung des eingegangenen Antrages dem Grunde nach erfüllt werden.

In Ziffer 1.3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 ThürLHO wird ausgeführt:

"Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten **Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb** nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung."

Das Ausschreibungsverfahren nach VOL und VOB ist noch nicht als Beginn des Vorhabens zu werten. Analog gilt das für die Einholung der nach Ziffer 7.5.2 der FR geforderten Angebote.

Beratungs- und Genehmigungsgebühren, Architekten- und Ingenieurleistungen, Leistungen für die Betreuung von baulichen Investitionen sowie Durchführbarkeitsstudien

gelten nicht als Beginn des Vorhabens, wenn diese im Zusammenhang mit der Förderung der unter Nr. 2.2 der Förderrichtlinie genannten Aufwendungen entstehen und diese Ausgaben den Leistungsphasen 1-4 des § 15 HOAI zuzuordnen sind.

HOAI §15 Leistungsphasen 1-9.

1. Grundlagenermittlung
2. Vorplanung
3. Entwurfsplanung
4. Genehmigungsplanung
5. Ausführungsplanung
6. Vorbereitung der Vergabe
7. Mitwirkung bei der Vergabe
8. Objektüberwachung
9. Objektbetreuung und Dokumentation

Das bedeutet, vor einem genehmigten vorzeitigen Maßnahmebeginn bzw. erlassenem Zuwendungsbescheid sind nur die Stufen 1-4 als allgemeine Aufwendungen förderfähig. Um eine Abgrenzung zu weiteren Leistungsphasen sicher zu stellen, ist auf eine vertragliche Trennung zu achten.